



Fusionswerkstatt

Heidesheim – Ingelheim - Wackernheim

17. September 2014



Tagesordnung:

- Begrüßung
- Gemeinsame Reflektion der ersten Fusionswerkstatt
- Wesentliche Regelungen der bisherigen Fusionsgesetze
- Diskussion des Themenbaums
- Ausblick auf die weitere Arbeit der Fusionswerkstatt
- Verabschiedung



Klarer Rahmen

Rechtskräftige Beschlüsse der Räte zu den Fusionsverhandlungen

„Der **Ortsgemeinderat Wackernheim** bekräftigt seinen Willen, mit der Stadt Ingelheim über eine Eingemeindung der Gemeinde Wackernheim in die Stadt Ingelheim zu verhandeln. Die abschließende Entscheidung über eine Eingemeindung wird nach Vorliegen einer Folgenabschätzung getroffen.“

„Der **Verbandsgemeinderat Heidesheim** bekräftigt seinen Willen, mit der Stadt Ingelheim über eine Eingemeindung der Ortsgemeinden Heidesheim am Rhein und Wackernheim unter gleichzeitiger Auflösung der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein zu verhandeln. Die abschließende Entscheidung über eine Eingemeindung wird nach Vorliegen einer Folgenabschätzung getroffen.“



Klarer Rahmen

Rechtskräftige Beschlüsse der Räte zu den Fusionsverhandlungen

„Die Verwaltung (*der VG*) wird ermächtigt mit der Stadt Ingelheim sowie dem Land Rheinland-Pfalz Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Verbandsgemeinde bzw. die ihr angehörenden Ortsgemeinden 2019 in die Stadt Ingelheim einzugemeinden.“

Wichtig:

Klarer Auftrag der Gremien an Bürgermeister erteilt.

Die Räte entscheiden.

Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden.



Reflexion

Strukturen

- Es gibt Strukturen zur Vertiefung der Themen. Die Rolle der Fusionswerkstatt wurde definiert (vgl. Handout)
- Nicht jeder muss jeden Aspekt aufnehmen - nicht jedes Detail wird zur Diskussion eingebracht.
- Ziel: Wir erarbeiten uns die Themen gemeinsam. Steuerung und Verantwortung liegen bei den Bürgermeistern.



Reflexion

Erste Fusionswerkstatt:

- Rahmen und Atmosphäre verbessern
- Besseres Kennenlernen wichtig
- Informationsaustausch u. Meinungsbildung vs. „Politische Bühne“
- Reaktionen auf die erste Werkstatt in größerer Bandbreite (von „enttäuscht“ über „richtige Richtung“ bis „sehr informativ“)
- ...



Herausforderung

Warum sind weit greifende strategische Richtungsdiskussionen so schwierig?

- Folgenabschätzung weit in die Zukunft erforderlich
- Manchmal naturgemäß auch Überforderung
- Strategiediskussionen erzeugen immer Ängste
- Fakten vs. Emotionen
- Sicherheit im „Klein Klein“ der Gegenwart – Unsicherheit in Zukunftsfragen
- ...



Herausforderung

Rolle der Politik im Kontext der möglichen Fusion:

- gewählt für bestimmte politische Ziele
- gewählt um Zukunftsfähigkeit der Stadt/Gemeinde positiv zu beeinflussen
- den Blick weiter in die Zukunft richten
- Zukunftsfähigkeit vs. „Klein Klein“ in der Gegenwart.



Herausforderung

Will ich eine Fusion lieber so oder will ich sie lieber so oder lieber so?

- einfache Frage
- für jeden entlang von Fakten zu entscheiden

Will ich überhaupt eine Fusion?

- schwierige Frage
- emotional
- nicht entlang von Fakten zu entscheiden

Was wollen wir wirklich: Beibehaltung Status Quo oder Zukunftsfähigkeit und Entwicklungschancen?



Konsequenz

**Es gibt bislang kein gemeinsames und positiv besetztes Bild von einer möglichen Fusion.
Das gemeinsame Bild werden wir in der Fusionswerkstatt erarbeiten.
Auch mögliche Bedenken werden aufgenommen.**



Konsequenz

Beispiel:

„Die Fusion bietet die Chance, im Konzert der Städte und Gemeinden in der Rhein-Main-Region mit einer deutlich stärkeren Stimme zu sprechen. So ist es uns möglich, die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen und damit die Chancen für unsere Bürgerinnen und Bürger deutlich nachhaltiger zu beeinflussen und zu sichern, als dies gegenwärtig der Fall ist.“



Wesentliche Regelungen der bisherigen KVR-Gesetze

Ziele

- Langfristige Aufgabenwahrnehmung in fachlich hoher Qualität
- Wirtschaftlichkeit
- Bürger- und Ortsnähe
- Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Verwaltungskraft
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Stärkere Bürgerbeteiligung



Wesentliche Regelungen der bisherigen KVR-Gesetze

Grundsätze des Gesetzes

- Verbandsgemeinden: mindestens 12.000 Einwohner
- Unterschreitung bis 10.000 Einwohner möglich, wenn
 - mehr als 100 qkm Fläche **und**
 - mehr als 15 Ortsgemeinden
- Zusammenschlüsse grundsätzlich in einem Landkreis
- Berücksichtigung der Erfordernisse der
 - Raumordnung,
 - Landschaftliche und topographische Gegebenheiten,
 - öffentliche Verkehrsinfrastruktur,
 - Wirtschaftsstruktur,
 - historische und religiöse Bindungen



Wesentliche Regelungen der bisherigen KVR-Gesetze

Freiwillige Gebietsänderungen

- Beschlüsse der bisherigen und aufnehmenden Gemeinden
- Zustimmende Beschlüsse mehr als der Hälfte der Gemeinden
- Mehr als die Hälfte der Einwohner in diesen Gemeinden

Unfreiwillige Gebietsänderungen aus Gründen des Gemeinwohls werden nach Anhörung der Gemeinden durch Gesetz ohne deren Zustimmung durchgeführt.



Wesentliche Regelungen der bisherigen KVR-Gesetze

Rechtsfolgen

- Die neue Gemeinde tritt voll in die Rechte und Pflichten der vorherigen Gemeinden ein.

Gesetz betrifft bis 2012 beschlossene Gebietsreformen



Entwicklung eines Themenbaums

AG Finanzen

- Kommunalen Entschuldungsfonds
- Möglicher Wegfall von Landesmitteln durch Fusion
- Konzessionsverträge
- Angleichung von Steuern, Gebühren und Beiträgen
- Entwicklung der freiwilligen Leistungen (mit Schnittmengen zur AG Bürgerdienste)
- Entwicklung der Ausbaubeiträge



Entwicklung eines Themenbaums

AG Bürgerdienste I

Kitas

- Standards im Bereich Kita-Personal
- Standards im Bereich Zuschüsse

Schule

- Stellen Schulsozialarbeiter
- Sach- und Projektmittel für Schulsozialarbeiter
- Subventionierung von Essensgeld
- Aufnahmekriterien für die betreuende Grundschulen
- Elternbeitrag und Sachmittelausstattung für die betreuenden Grundschulen



Entwicklung eines Themenbaums

AG Bürgerdienste II

Senioren

- Angebote und Standards
 - Essen auf Rädern
 - Stadtteilkümmerer
 - Seniorenfahrten

Sport

- Sportförderung
- Investitionsförderung für Sportvereine

Jugend

- Angebote der Jugendarbeit

Ordnungswesen

- Angebot von Bürgerdienstleistungen vor Ort
- Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs
- Perspektive der Feuerwehr



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen I

Landes- und Regionalplanung

- Bedeutung des Status „Mittelzentrum“ für Heidesheim und Wackernheim
- Entwicklungsziele und -potentiale Wohnbauflächen
- Entwicklungsziele und -potentiale sonstige Bauflächen (SO, GE)
- Entwicklungsziele und -potentiale regionale Grünzüge / Naturschutzgebietsverbund



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen II

Stadtplanung

- Ziele bis 2019 – Entwicklungsperspektiven nach 2019
- Stadtplanerische „hot spots“:
- Entwicklung Stadtmitte und Stadtteilmitten
- Wohnen: Aktivierung Innenpotentiale, nur behutsame Ergänzungen in Richtung Außenbereich
- Einzelhandelskonzept
- Gewerbeentwicklung
- Nutzungskonflikte im Naturraum: Landwirtschaft, Naherholung, Naturschutz und Stadtentwicklung in Konkurrenz um Flächen
- Baulandmanagement
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Gemeinsamer Flächennutzungsplan als vorgezogenes gemeinsames Projekt



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen III **Grünflächen und Umweltschutz**

- Ziele bis 2019 – Perspektiven nach 2019
- Status der innerörtlichen Grünflächen, Parks, Betriebsmanagement
- Friedhöfe
- Versorgung mit Spielplätzen
- Ökokonto, Ausgleichsflächenpool
- Anzahl, Stand und Ziele der Förderprogramme, Fortführungsperspektiven
- Klimaschutz
- Mobilität (ÖPNV, Radverkehr)



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen IV

Gebäudemanagement / Hochbau

- Ziele bis 2019 – Entwicklungsperspektiven nach 2019
- Status der Immobilien: Bewertung, Zielfestlegung, Entwicklung, Baulicher Betrieb, Energiemanagement, Perspektive, gegliedert nach
- Öffentliche Gebäude – soziale Infrastruktur
- Öffentliche Gebäude – Verwaltung
- Öffentliche Gebäude und Sonderbauten – Kultur, Denkmäler etc.
- Sonstige öffentliche Gebäude
- Nicht öffentliche Gebäude und Immobilienbesitz, auch städtische Gesellschaften bzw. Beteiligungen (WBI, ZV Layenhof)
- Investitionsplanung bis 2019 - absehbare Wünsche und Aufgaben für die Zeit danach
- Wechselwirkungen mit Entwicklung der sozialen Infrastruktur (z. B. Flächenausstattung KiTas, Ganztagschulen, Entwicklung Seniorenarbeit etc.)
- Förderprogramme für Vereine und freie Träger, Ziele und Fortführungsperspektiven



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen V

Infrastruktur / Tiefbau

- Ziele bis 2019 – Entwicklungsperspektiven nach 2019
- Status der Infrastrukturen: Bewertung, Zielfestlegung, Bauliche Entwicklung, Betrieb, Perspektive, gegliedert nach
- Straßen, Wege und Plätze inkl. Straßenbeleuchtung
- Landwirtschaftliche Wege
- Abwasserentsorgungsanlagen, hier mit AVUS
- Ingenieurbauwerke (Brücken, Außengebietswasserschutz)
- Gewässer
- Investitionsplanung bis 2019, absehbare Wünsche und Aufgaben für die Zeit danach



Entwicklung eines Themenbaums

AG Planen und Bauen VI

Untere Bauaufsichtsbehörde

- Übernahme der Aufgabe vom Kreis für das Gebiet der VG Heidesheim bei einer Fusion

Untere Immissionsschutzbehörde

- Übernahme der Aufgabe vom Kreis für das Gebiet der VG Heidesheim bei einer Fusion



Ausblick

- **Termine**
 - 15.10.
 - 10.11.

- **Das gemeinsame Bild von der Fusion**

- **Themen aus den Arbeitsgruppen**

- **Externe Impulsgeber**
 - Statistisches Landesamt (10.11.)
 - Innenministerium
 - Ortsvorsteher Groß-Winternheim
 - Präsident IHK Rheinhessen



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**